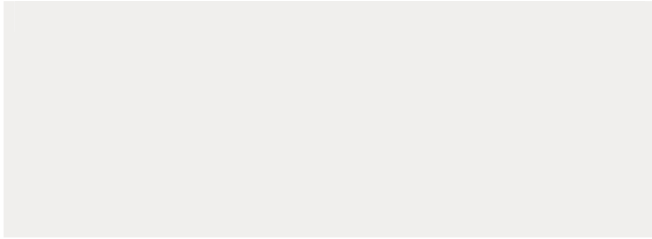


Name		Vorname		Akad. Grad
Straße, Haus-Nr.		Nation	PLZ	Ort
Bankleitzahl		Kreditinstitut		Konto-Nr.
Zuordnungskennzeichen für Überweisung				



Antrag auf Festsetzung der Vergütung des im Freiheitsentziehungsverfahren beigeordneten Rechtsanwalts

zu Geschäftsnummer

Datum

In dem _____-Verfahren
gegen _____
beantrage ich, nachstehende Gebühren und Auslagen festzusetzen.

Soweit Einzelberechnung: Ich versichere, dass die Auslagen nach VV 7001 während meiner Beiordnung entstanden sind.
Vorschüsse und sonstige Zahlungen (§ 58 Abs. 3 RVG) habe ich nicht in Höhe von EUR _____ erhalten.
Aus der Staatskasse habe ich Vorschüsse (§ 47 RVG) nicht in Höhe von EUR _____ erhalten.

Ich werde spätere Zahlungen des Betroffenen oder eines Dritten, die für die Pflicht zur Rückzahlung der Gebühren an die Staatskasse nach § 58 Abs. 3 RVG von Bedeutung sind, der Staatskasse anzeigen (§ 55 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 RVG).

Weitere Begründungen (evtl. auf ges. Blatt - zweifach-): _____

Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

Kostenberechnung (nach RVG)			
Bezeichnung	Vergütungs- verzeichnis Nummer(n)	EUR	festzusetzen auf EUR
Verfahrensgebühr	6300		
	6302		
Terminsgebühr	6301		
	6303		
Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001		
	Pauschale 7002		
Summe			
Umsatzsteuer auf die Vergütung	7008		
Summe			
abzüglich Vorschüsse und sonstige Zahlungen (s.o.)			
zu zahlender Betrag			

Gericht

Ort, Datum

Festsetzung

(Urschrift)

Die dem u.g. Rechtsanwalt aus der Landeskasse zu zahlende Vergütung wird festgesetzt auf

EUR

in Buchstaben (unter 1.000,- € entbehrlich) _____.

Der Rechtsanwalt ist dem Betroffenen in dem _____-Verfahren gemäß § _____ durch Beschluss vom _____ für die _____ Instanz beigeordnet.

Die in der umseitigen Kostenberechnung angesetzte Terminsgebühr ist entstanden anlässlich der Teilnahme _____.

Die Notwendigkeit der Reise am _____ ist durch gerichtlichen Beschluss vom _____ festgestellt worden.

Die Vergütung ist fällig, weil _____.

Ausgang des Verfahrens: _____

Begründung von Absetzungen:

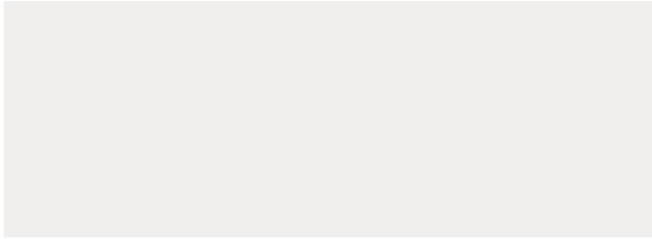
Auszahlungsanordnung an Landesoberkasse ab:

Der festgesetzte Betrag wurde auf dem Beiordnungsbeschluss vermerkt.

_____ als Urkundsbeamter/-in der Geschäftsstelle

Name		Vorname		Akad. Grad
Straße, Haus-Nr.		Nation	PLZ	Ort
Bankleitzahl		Kreditinstitut		Konto-Nr.
Zuordnungskennzeichen für Überweisung				

Mitteilung an RA



Sehr geehrte Frau Rechtsanwältin,
 sehr geehrter Herr Rechtsanwalt,
 die aus der Landeskasse zu gewährende Vergütung wurde
 wie umseitig ersichtlich festgesetzt.
 Mit freundlichen Grüßen
 Ort, Datum _____

 Urkundsbeamter/-in der Geschäftsstelle

Antrag auf Festsetzung der Vergütung des im Freiheitsentziehungsverfahren beigeordneten Rechtsanwalts

zu Geschäftsnummer

Datum

In dem _____-Verfahren
 gegen _____
 beantrage ich, nachstehende Gebühren und Auslagen festzusetzen.

Soweit Einzelberechnung: Ich versichere, dass die Auslagen nach VV 7001 während meiner Beiordnung entstanden sind.
 Vorschüsse und sonstige Zahlungen (§ 58 Abs. 3 RVG) habe ich nicht in Höhe von EUR erhalten.
 Aus der Staatskasse habe ich Vorschüsse (§ 47 RVG) nicht in Höhe von EUR erhalten.

Ich werde spätere Zahlungen des Betroffenen oder eines Dritten, die für die Pflicht zur Rückzahlung der Gebühren an die Staatskasse nach § 58 Abs. 3 RVG von Bedeutung sind, der Staatskasse anzeigen (§ 55 Abs. 5 Satz 2 Halbsatz 2 RVG).

Weitere Begründungen (evtl. auf ges. Blatt - zweifach-): _____
 Rechtsanwalt / Rechtsanwältin

Kostenberechnung (nach RVG)			
Bezeichnung	Vergütungs- verzeichnis Nummer(n)	EUR	festzusetzen auf EUR
Verfahrensgebühr	6300		
	6302		
Terminsgebühr	6301		
	6303		
Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen	Einzelberechnung 7001		
	Pauschale 7002		
Summe			
Umsatzsteuer auf die Vergütung	7008		
Summe			
abzüglich Vorschüsse und sonstige Zahlungen (s.o.)			
zu zahlender Betrag			

Gericht

Ort, Datum

Festsetzung

(Durchschrift)

Die dem u.g. Rechtsanwalt aus der Landeskasse zu zahlende Vergütung wird festgesetzt auf

EUR

in Buchstaben (unter 1.000,- € entbehrlich) _____.

Der Rechtsanwalt ist dem Betroffenen in dem _____-Verfahren gemäß § _____ durch Beschluss vom _____ für die _____ Instanz beigeordnet.

Die in der umseitigen Kostenberechnung angesetzte Terminsgebühr ist entstanden anlässlich der Teilnahme _____.

Die Notwendigkeit der Reise am _____ ist durch gerichtlichen Beschluss vom _____ festgestellt worden.

Die Vergütung ist fällig, weil _____.

Ausgang des Verfahrens: _____

Begründung von Absetzungen:

_____ als Urkundsbeamter/-in der Geschäftsstelle